

1. Starkregenereignisse und extrem trockene Sommer wie in diesem Jahr sind die Vorboten für die Folgen des Klimawandels, die auch in Bayern deutlich spürbar sein werden. Die Auswirkungen der Klimaveränderungen werden vielfältig sein: Hochwasser auf der einen Seite, Wasserknappheit in bestimmten Regionen auf der anderen Seite. Die Bodenerosion wird noch mehr zum Problem. Die Artenzusammensetzung der Ökosysteme wird sich verändern, zum Beispiel durch neue Schädlinge, die sich in Bayern ausbreiten können. Die Biodiversität kann unter dem veränderten Klima leiden, Wissenschaftler sagen Artenverluste zwischen 5 und 30 Prozent voraus.

2. Wir Freien Wähler haben uns dafür eingesetzt, dass der Klimaschutz in Bayern Verfassungsrang bekommt. Deutschland wird seine eigenen Klimaschutzziele absehbar nicht erreichen, daher sollte zumindest Bayern alles Erdenkliche tun, um eine Vorreiterrolle einzunehmen. Klimapolitik heißt in erster Linie Energiepolitik. Denn die Hauptursache des fortschreitenden Klimawandels ist die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Erdgas.

3. Bei der Stromerzeugung steht der Landkreis dank Photovoltaik und Wasserkraft ganz gut da. Große Potentiale liegen in der Einsparung von Heizenergie. Dazu müssen die Rahmenbedingungen von staatlicher Seite richtig gesetzt werden. Es braucht steuerliche Anreize für Gebäudesanierungen im privaten Sektor. Im Landtag haben die Freien Wähler zudem ein Förderprogramm für Kommunen gefordert, die ihre Liegenschaften energetisch sanieren. Das wurde abgelehnt. Beim Verkehr müssen verschiedene Maßnahmen ineinandergreifen: Ausbau der Elektromobilität, Carsharing, Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und des Radverkehrs.

4. Die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung muss ermöglicht werden. Der Freistaat kann bei der Sanierung seiner 8000 Liegenschaften mit gutem Beispiel vorangehen. In Bayern muss das Ziel einer klimaneutralen Verwaltung auf Landesebene und kommunaler Ebene umgesetzt werden. Andere Bundesländer haben dies bereits beschlossen. Im Verkehrsbereich liegen Potentiale im Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und des Radverkehrs. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Mittel im Haushalt des Freistaats zur Förderung des Radverkehrs erhöht werden.

5. Wir werden mehr Energie aus Wind und Sonne, mehr Erdenergie und mehr Energiespeicher benötigen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu

senken, den Ausstieg aus der Kohlekraft zu schaffen und das Ausmaß des Klimawandels zu begrenzen. Gerade in der Speichertechnologie Power-to-Gas steckt großes Potential. Je mehr Strom Wind und Sonne liefern, desto wichtiger ist es, diesen mittel- und langfristig speichern zu können. Eine Option ist die Umwandlung von Strom aus erneuerbaren Energien in synthetisches Gas, das über das Erdgasnetz transportiert und gespeichert werden kann. Bayern muss in diese Technologie investieren. Wichtig wird in Zukunft die Dezentralisierung und Regionalisierung der Energiewirtschaft. Mit einer Energiewende in Bürgerhand kann die Wertschöpfung vor Ort bleiben. So viel Strom wie möglich muss vor Ort aus erneuerbaren Energien erzeugt und auch verbraucht werden.

6. Zuletzt haben wir Freien Wähler mit einem Dringlichkeitsantrag im Oktober 2017 gefordert, die 10H-Regelung abzuschaffen. Das wird auch weiterhin unser Ziel sein, um einen Ausbau der Windenergie in Bayern zu ermöglichen. Zudem braucht es ein festes Ausschreibungskontingent für Windenergieanlagen im Süden Deutschlands, damit Windenergieanlagen von Bürgerinitiativen oder Kommunalwerken auf dem Markt eine Chance haben.

7. Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen in Bayern hat sich zwischen 2014 und 2017 lediglich von circa 11.000 auf 12.000 Megawatt erhöht. Das ist deutlich zu wenig. Wenn neue Freiflächen-Anlagen nur noch auf Konversionsflächen und entlang von Autobahnen gebaut werden dürfen, werden wir die Potentiale der Sonnenenergie nicht nutzen können. Wir Freien Wähler setzen uns auch für eine Förderung von dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ein. Stromgeführte KWK-Anlagen und Photovoltaik-Anlagen können sich sehr gut ergänzen und auch die Photovoltaik attraktiver machen.

8. Biogas kann ein wichtiger Baustein der dezentralen Energieversorgung sein: Es ist flexibel und speicherbar und die Nutzung der Wärme ist für die CO₂-Bilanz extrem positiv. Es gab einmal den Bayernplan, der einen Zubau von 700 Megawatt für realistisch hielt. Nach dem Kahlschlag beim EEG ist der Zubau in Bayern fast zum Erliegen gekommen. Wir Freien Wähler haben uns bei den EEG-Reformen stets für Verbesserungen für Biogas-Anlagen eingesetzt, auch für eine praktikable Anschlusslösung, wenn Altanlagen ab 2020 aus der Förderung fallen.

9. Wir Freien Wähler lehnen eine EEG-Umlagepflicht für zum Eigenverbrauch erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien ab. Bereits bei der EEG-Reform 2014 haben wir entsprechende Anträge gestellt und die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass dafür keine EEG-Umlage erhoben wird.

10. Siehe Antwort zu Frage 4

11. Bereits 2016 haben die Freien Wähler auf meine Initiative hin einen Antrag eingebracht, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wurde, sich im Bund und in der EU auf eine Abgabe auf Einweg-Plastiktüten einzusetzen. Das wurde damals abgelehnt. Dass es jetzt eine EU-weite Abgabe geben soll, ist sehr zu begrüßen. Außerdem haben wir uns mit Erfolg dafür eingesetzt, dass der Freistaat kleine Projekte wie das Projekt „Refill“ unterstützt, das es auch in Freising gibt. Damit kann der Verbrauch von Plastik-Wasserflaschen reduziert werden. Ich bin überzeugt, dass kleine, regionale Initiativen erfolgversprechend sind, zum Beispiel auch, um den enormen Anfall von Kaffeebechern einzudämmen.

12. Der Freistaat sollte die Haushaltsmittel zur Förderung des Radverkehrs erhöhen, und zum Beispiel auch Fahrradabstellanlagen und E-Bike-Ladestationen fördern, um die Attraktivität des Radverkehrs zu erhöhen. Der Bau von Radschnellwegen in den Ballungsräumen ist ein guter Ansatz. Unabhängig vom Bau der 2. Stammstrecke müssen Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV- und S-Bahn-Systems im Großraum München ergriffen werden. Hierzu gehören die Ertüchtigung und der Ausbau der S-Bahn-Außenäste. Ferner müssen alle Maßnahmen des 13-Punkte-Sofortprogramms „Qualität im Münchner S-Bahn System“ umgesetzt werden.

13a) Ich lehne den Bau der dritten Startbahn kategorisch ab. Es gibt keine Notwendigkeit, den Flughafen so auszubauen, dass rund 700.000 Starts und Landungen pro Jahr abgewickelt werden könnten. 2017 wurden knapp 400.000 Flüge erreicht, heuer ist der Trend rückläufig. Die Insolvenz von Air Berlin und der Rückzug des Billigfliegers Transavia haben gezeigt, wie unberechenbar die Entwicklungen im Luftverkehr sind. Wir Freien Wähler lehnen auch die Umwandlung der Flughafen-GmbH in eine Aktiengesellschaft entschieden ab. Mit diesem Winkelzug könnte die

Vetoposition der Stadt München, die 23 Prozent der Anteile hält, ausgehebelt werden. Dagegen werden wir weiter kämpfen.

13b) Was Lärm und Abgase betrifft, ist die Belastungsgrenze erreicht – das zeigt nicht zuletzt die Diskussion um Ultrafeinstaub-Werte in der Umgebung des Flughafens. Auf meine Initiative haben die Freien Wähler das Thema als erste Fraktion im Landtag aufgegriffen und eine Expertenanhörung durchgesetzt. Wir setzen uns für ein wissenschaftliches Monitoring der gefährlichen, ultrafeinen Rußpartikel und deren Auswirkungen auf die Gesundheit ein. Dazu braucht es zunächst zusätzliche Messungen im Rahmen des amtlichen Luftüberwachungssystems. Wenn in größerem Umfang Messdaten zur Verfügung stehen, müssen diese in epidemiologischen Studien mit Gesundheitsdaten möglichst vieler Menschen zusammengeführt werden. Bis Ergebnisse vorliegen und ein Grenzwert für UFP festgelegt werden könnte, werden Jahre ins Land ziehen. So lange können wir nicht warten. Es muss sofort damit begonnen werden, Emissionen zu reduzieren. Dazu gehört auch der Verzicht auf unnötige Flüge – vor allem Kurzstreckenflüge. Am Flughafen München ist im Durchschnitt ein Viertel der täglichen Flüge kürzer 500 Kilometer. Außerdem muss die Subventionspraxis der FMG beendet werden, die mit einer so genannten Marketingunterstützung den Aufbau neuer Flugverbindungen fördert. Der Verzicht auf die dritte Startbahn wäre natürlich ein großer Beitrag zum Gesundheitsschutz für die Bürger.